

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND | Sondernummer 1,-DM

Der Metallarbeiter- streik in Schleswig-Holstein 1956/57

BOURGEOISIE IN DER OFFENSIVE

Nach 1945 ging die westdeutsche Bourgeoisie planmäßig und zielstrebig daran, ihr innenpolitisches Ziel - die vollständige Restauration des Kapitalismus in der BRD - Schritt für Schritt durchzuführen. Dabei mußte sie auf den Widerstand der Arbeiterklasse stoßen, die in diesen Jahren noch bedeutende politische Kämpfe gegen Abbau errungener Rechte im Betrieb, Freilassung von Kriegsverbrechern, gegen BVG und Remilitarisierung führte. Alle diese Kämpfe waren aber bereits defensiv, sie dienten nicht der Erkämpfung neuer, sondern der Verteidigung alter Positionen der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie war schon damals in der Offensive und konnte ihre innenpolitischen Ziele Schritt für Schritt durchführen und die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse in die Niederlage führen.

(Zu dem ganzen vgl. UNSER WEG 13, Zur Kommunistischen Programmatik Teil 1, Seite 4 und 5; ARBEITERKAMPF 18, "Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft"; KAB Revisionismus-Kritik 3, Seite 9 ff., Das KPD-Verbot und seine Folgen)

Ein bedeutender Schritt auf diesem Wege war die Niederlage der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter in

dem vom 24. 10. 56 bis zum 14. 2. 57 geführten Streik, der in einem Jahr geführt wurde, in dem die Kapitalisten gerade bedeutende Abschnitte ihrer Politik verwirklicht hatten (8. Mai 56 Beitritt zur NATO, 7. Juli 56 allgemeine Wehrpflicht, 17. August Verbot der KPD).

Die Bedeutung erhielt der Streik dadurch, daß er von den Kapitalisten bewußt als ein Mittel verwandt wurde, um die Arbeiterbewegung in der ganzen Bundesrepublik zu lähmen und noch weiter in die Defensive zu drücken durch die Verbreitung von Resignation und Apathie in der Arbeiterklasse nach dem Scheitern ihres Kampfes. Dazu kam, daß die IGM wegen Bruchs der Friedenspflicht durch das BAG zur Bezahlung von 38 Mio. DM "Entschädigung" verurteilt wurde. Das führte dazu, daß 1963 zwischen den Kapitalisten und der IGM eine neue Schlichtungsvereinbarung ausgehandelt wurde, nachdem die Kapitalisten auf die Bezahlung der "Entschädigung" verzichtet hatten und die IGM eine Verfassungsklage gegen das BAG-Urteil zurückzog. Diese neue Schlichtungsvereinbarung war ein weiterer Erfolg der Kapitalisten: sie sah eine "Schlichtungsautomatik", also den Zwang zur Schlichtung nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen vor (1).

DIE LAGE DER METALLARBEITER

Die Metallarbeiter führten den Kampf gegen die steigende Ausbeutung, die arbeiterfeindliche Politik des Staates und die dadurch verursachte Zerstörung ihrer Gesundheit.

Die steigende Ausbeutung zeigte sich darin, daß sich seit 1950 in der metallverarbeitenden Industrie eine Produktivitätssteigerung um 81,4 % und im Schiffbau um 100 % ergab. Während der gleichen Zeit wurde der Lohn in der metallverarbeitenden Industrie nur um 47,2 % und im Schiffbau nur um 50,8 % erhöht. Aufgrund der hohen Ausbeutung und steigenden Arbeitshetze konnten die Werftkapitalisten auf Kosten der Arbeiter günstige Angebote machen und große Aufträge einheimsen. "Die Werftindustrie ist nicht zuletzt deshalb mit Aufträgen für viele Jahre versehen . . . , weil sie es verstanden hat, konkurrenzlose Angebote zu machen und günstige Ablieferungstermine (!) anzubieten" (CDU-Blatt "Rheinische Post" zum Metallstreik). Auf Kosten der Arbeiter gehörte die BRD zu den größten Exporteuren von Schiffen.

Diese Situation änderte sich entgegen allen Beteuerungen der Kapitalisten über die ungünstige Lage auch während des Streiks nicht. Laufend gingen neue Aufträge für die Werftindustrie ein. FSG Flensburg und Howaldswerke Kiel z. B. konnten 1956 Rekordauftragsbestände buchen. Die deutschen Werften insgesamt erreichten 1956 in ihrem Ablieferungsergebnis eine noch nie dagewesene Höhe. Und Wirtschaftsminister Erhard (!) verriet Anfang Januar freundlicherweise folgendes: "In den übrigen Zweigen der schleswig-holsteinischen Metallindustrie (außer Werften - der Verf.) war bis einschließlich Dezember 1956 ebenfalls kein spürbarer Auftragsrückgang festzustellen. Für die Werften gab es lediglich keine kurzfristigen Reparaturaufträge". (Streiknachrichten 74) (2)

Steigender Profit auf Seiten der Kapitalisten, das bedeutet steigendes Elend auf Seiten der Arbeiterklasse. Die Frühinvalidität stieg von Jahr zu Jahr vor allem aufgrund der für das gestiegene Arbeitstempo typischen Herz- und Kreislaufkrankheiten. (1954 wurden 2/3 der männlichen und 79 % der weiblichen Invalidenrentner vorzeitig invalide); Herz- und Kreislaufkrankheiten machten bei den Männern 23,7 % und bei den Frauen 49,4 % aller Fälle aus)

Desgleichen stieg die Zahl der Arbeitsunfälle ständig. Die Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten stieg. 1952 um 20 %, 1953 um 7 % und 1954 um 25,6 %. "Das mörderische Arbeitstempo führt zu immer bedrohlicherem Kräfte- und Gesundheitsverschleiß. Die Ärzte können ein Lied davon singen: Die Wochenlohn-Patienten kommen in vielen Fällen erst, wenn sie nahezu am Boden zerstört sind" - so die "Frankfurter Rundschau" damals.

Das war auch nicht verwunderlich. Den Arbeitern fehlte jedes tarifvertraglich oder gesetzlich gesicherte Mindestmaß an Sicherheit vor dem Raubbau an ihrer Arbeitskraft:

- Bei Krankheit wurden nach dem alten Rahmentarifvertrag die drei Karenztage nicht bezahlt, bei einem Arbeitsunfall wurde nur ein Karenztage voll bezahlt, "für zwei weitere Tage der normale tarifvertragliche Zuschuß" (Karenztage - ersten 3 Tage der Krankheit). Die Kollegen mußten 14 Tage auf die Wirksamkeit warten und hatten nur Anrecht auf Lohnausgleich für 10 Tage. Die Höhe des Lohnausgleiches betrug nur die Differenz zwischen Krankengeld und 85 % des Nettolohns.
- Der Urlaub war viel zu kurz, um den Kollegen zumindest eine gewisse Erholung zu bieten. Er betrug für Jugendliche bis 16 Jahre 15 Tage; von 16 Jahren bis 30 Jahre 12 Tage; von 31 bis 40 Jahre 14 Tage; über 40 Jahre 16 Tage.
- Im Urlaub gab es kein zusätzliches Urlaubsgeld, sondern nur die bloße Fortzahlung des Lohnes. Den Lohn benötigten die Kollegen aber dringend zum bloßen Leben. Auch deshalb war es den Arbeitern nicht möglich, sich überhaupt nur zum Teil von der brutalen Arbeit zu erholen.

Um diese Situation zu ändern, wurden damals folgende Forderungen aufgestellt:

1. Lohnausgleich bei Krankheit. Bei Krankheit und Unfall für die ersten drei Tage vollen Lohn. Danach bis zu sechs Wochen Unterschied zwischen dem Krankengeld und dem Nettolohn.
2. Urlaubsgeld. Wir verlangen ein zusätzliches Urlaubsgeld von DM 7,50 pro Urlaubstag.
3. Längerer Urlaub. Allgemeine Erhöhung des Urlaubs auf 18 Tage. Für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre 24 Tage. Für Gießereiarbeiter zusätzliche zwei Tage Urlaub."

Bis auf wenige Ausnahmen auf "freiwilliger Basis", z. B. bei BASF und in dem damals nicht zur BRD gehörenden Saarland, waren für die gesamte Lohnarbeiterschaft der BRD diese Forderungen noch nicht verwirklicht (die Angestellten erhielten Lohfortzahlung). Schon deshalb kam dem schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik eine die gesamte BRD betreffende immense Bedeutung zu. Der Kampf lag schon von daher im Interesse aller Arbeiter.

DER ABLAUF DES STREIKS

Am 21. April 56 hatten die Gewerkschaften den Arbeitgeberverbänden den Entwurf für einen neuen Rahmentarifvertrag zugeleitet. Erst nach vier Monaten kommt es zu Verhandlungen, die am 28. Sept. 56 scheitern. Am 11. und 12. Oktober beschließen die Arbeiter in der Urabstimmung den Streik, der am 24. Okt. 56 beginnt. Am 10. 12. unterbreitet von Hassel (Ministerpräsident) einen "Schlichtungsvorschlag" an die Gewerkschaft, der sich lediglich auf die Lohnfortzahlung beschränkt, den Arbeitern den Streikabbruch empfiehlt und sie mit Hoffnung auf zukünftige Gesetze vertröstet. Die IGM lehnt diesen "Vorschlag" ab. Erst ca. zwei Monate nach Streikbeginn kommt es am 21. 12. 56 zu Besprechungen zwischen



Das erste Schlichtungsergebnis wird abgelehnt



den Kapitalisten und den Gewerkschaften unter dem Vorsitz von von Hassel, die dann am 28.12. zur freiwilligen Schlichtung führen. Am 31.12. beschließt die freiwillige Schlichtungsstelle mit 5:4 Stimmen gegen die IGM-Beisitzer einen Einigungsvorschlag, der von der großen Tarfkommission am 7.1.57 in einer Urabstimmung von 97,38% der organisierten Kollegen abgelehnt wurde. Am 17.1.57 ein Gespräch zwischen Kanzler Adenauer, Bundesarbeitsminister, Gewerkschaften und Kapitalisten mit dem Ergebnis von Verhandlungen ab 22.1. Zu einer Einigung kommt es dann am 25.1. Die IGM ruft zur Zustimmung zum Ergebnis auf. Jedoch in der Urabstimmung

lehnen 76,24% der Kollegen das Ergebnis ab. Der Streik wird weitergeführt. Die Zentrale Streikleitung ruft die freiwillige Schlichtungsstelle an, und am 8.2.57 beginnen neue Schlichtungsverhandlungen, die am 9.2. mit einer neuen Einigung enden. Die Große Tarfkommission ruft wiederum zur Zustimmung auf (mit zwei Gegenstimmen). Am 13.2. findet die Urabstimmung statt, bei der 39,66% für die Annahme und 57,66% für die Ablehnung stimmen. Zur Weiterführung des Streiks wären 75% Ablehnung erforderlich gewesen. Der Streik wird offiziell beendet, und die IGM ruft zur Wiederaufnahme der Arbeit am 15.2. auf, was überall befolgt wird.

DIE TAKTIK DER KAPITALISTEN: EINKREISEN – AUSHUNGERN – ZUSCHLAGEN

Das Vorgehen der Kapitalisten zeigt, daß sie sich auf diesen Kampf vorbereitet und auf eine längere Auseinandersetzung eingestellt hatten. Das wird z. B. schon daran deutlich, daß einer der Leiter der FSG Flensburg den Arbeitern, die ihre letzte Schicht vor dem Streik verließen, gesagt haben soll: "Na ja, dann wünsche ich Ihnen fröhliche Weihnachten!" (Nach "Flensburg Avis" 24.10.56) Die Kapitalisten verfolgten deshalb ihre unmittelbar ökonomischen Ziele nur in zweiter Rangordnung. Ausschlaggebend für ihre Taktik war ihr politisches Ziel: die Niederlage der Arbeiterklasse.

Sie verschleppten also die Verhandlungen und traten dann mit provokatorischen "Angeboten" auf:

Erst vier Monate, nachdem die IGM den Kapitalistenverbänden "Arbeitgeberverband der Metallindustrie in den Kammerbezirken Kiel und Flensburg e. V." und "Verband der Eisen- und Stahlindustrie in Schleswig-Holstein" den Entwurf für den neuen Rahmentarifvertrag überreicht hatte, kam es zu den ersten Verhandlungen.

Dort machten sie dann in bezug auf den Lohnausgleich ein "völlig unzureichendes Angebot" und lehnten die Forderung nach zusätzlichem Urlaubsgeld und längerem Urlaub ohne Diskussion ab.

Nach dem Streikbeginn erklärten sie, nur bei Abbrechen des Streiks überhaupt weiter verhandeln zu wollen, und so dauerte es noch einmal ca. zwei Monate, bis es überhaupt wieder zu "Gesprächen" zwischen IGM-Vertretern und Kapitalisten kam. In der dann folgenden Schlichtung erzielten sie dann mit Hilfe des Kieler Arbeitsrechtlers Prof. Nikisch ein Ergebnis, von dem selbst die "Welt" schrieb, daß es "nicht sehr viel über das hinaus-(gehe), was die Arbeitgeber schon gewähren wollten, ehe noch der Streik begann."

Es war ein Kampf der gesamten Kapitalistenklasse. Ihr gegenüber standen allein die schleswig-holsteinischen Metalller.

Sofort nach Streikbeginn gab der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände eine Erklärung

heraus:

"In diesem Augenblick erklärt die gesamte Eisen- und Metallindustrie ihre Bereitschaft, den durch Streik bedrohten Betrieben mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (!) helfend zur Seite zu stehen ..." Und das tat sie dann auch. Es wurden Kampffonds zur Unterstützung der schleswig-holsteinischen Metallkapitalisten gebildet. Die Kapitalisten wurden mit der Drohung, ausscherende Betriebe aus dem Verband auszuschließen, auf Linie gebracht.

Es begann eine bundesweite Propaganda-Offensive (Schwerpunkt: Schleswig-Holstein) der Kapitalisten und der mit ihnen verbündeten Kräfte.

Die Kapitalisten versuchten, Krisenangst zu schüren, indem systematisch falsche, viel zu hohe Zahlen über das Ausmaß der Forderungen verbreitet wurden und so eine "Gefahr für die ganze Wirtschaft" heraufbeschworen wurde. In diesem Zusammenhang wurde mit der Arbeitslosigkeit gedroht: 3000 bis 4000 Arbeiter müßten entlassen werden, wenn die Forderungen bewilligt würden. Schon vor dem Streik stellten die Kieler Howaldtswerke beim zuständigen Ausschuß beim Landesarbeitsamt Kiel den Antrag, 1000 Betriebsangehörige wegen "Mangel an Reparaturaufträgen" zu entlassen.

Es wurde versucht, ein Bild vom sozialen Unternehmer und vom faulen Arbeiter zu verbreiten.

Die Kapitalisten tönnten von den "Millionen DM", die sie "freiwillig und völlig uneigennützig" den Belegschaftsmitgliedern zur Verfügung gestellt hätten, von den "Pensionsfonds und Geldern für alle möglichen Unterstützungseinrichtungen". Auf der anderen Seite wurde gegen den faulen Arbeiter gehetzt: So meinte die "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", daß durch den Ausfall der Karenztage "die Neigung zu kurzfristigem Arbeitsausfall begünstigt" werde, und der BDA erklärte, daß bei Lohnfortzahlung ein "erhöhter Anreiz zum Krankfeiern geschaffen werde", die Gefahr einer "ungerechtfertigten Inanspruchnahme" sei sehr groß.

Über die Ansichten der IGM und über die Ansichten der Arbeiter zum Streik wurden Lügen verbreitet. Die Gewerkschaften wollten gar nicht verhandeln, dagegen die Kapitalisten wären dazu bereit. In den ersten Briefen "an die Mitarbeiter unseres Betriebes" heißt es: "Genauso, wie die gesamte Bevölkerung Schleswig-Holsteins den Streik ablehnt, so lehnt ihn auch der größte Teil der Metallarbeiter ab." "Wer will überhaupt den Streik? Wollen Sie ihn? Ihre Frauen? Ihre Familien?" "Ein großer Teil der Arbeiter auch unseres Werkes will in Ruhe und Frieden weiterarbeiten" (Aus einem Brief an die FSG-Kollegen in Flensburg). Als Beweis dafür, daß der Streik nicht von der Masse der Kollegen getragen würde, sollte auch eine Flut von gesteuerten Leserbriefen in den Zeitungen dienen. Darüber hinaus inszenierten die Kapitalisten in der Rendsburger Werft eine Abstimmung mit verwirrenden Fragestellungen und unter direktem Druck. Diese "Abstimmung" wurde durch die Streikbeteiligung der Rendsburger Kollegen im Laufe des Kampfes allerdings schlagend widerlegt.

Begünstigt durch die Haltung der IGM und das KPD-Verbot machten die Kapitalisten in wildem Antikommunismus, zum einen, um den Streik in der Öffentlichkeit als "kommunistisch gelenkt" darzustellen, zum anderen

sicherlich, um die IGM noch weiter in die antikommunistische Ecke zu drängen, kommunistische Kollegen zu isolieren und den Gedanken des Kommunismus weiter zu diskreditieren.

So wird schon gleich zu Anfang des Streikes der Kampf der Arbeiter in Verbindung gebracht mit der "publizistischen Aktivität ostzonaler Zeitungen und Rundfunkstationen". Die Gewerkschaft hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich davon als "üble Diffamierung" ihrer Mitglieder zu distanzieren. Als dann zum erstenmal die Kollegen dem Aufruf der IGM zur Zustimmung nicht folgen, wurde eine Situation vermittelt, in der es um die "demokratische Ordnung" überhaupt gehe, weil der Streik "an den Grundfesten des Staates" rütteln würde.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Hetze der Kapitalisten in einer Anzeigenaktion in allen schleswig-holsteinischen Tageszeitungen mit folgendem Inhalt: "Der Streik wäre längst zu Ende gewesen, wenn die Arbeiter durch den Terror der zentralen Streikleitung am Betreten ihrer Werke nicht gehindert würden. Vor den Toren herrscht der Terror. Die Gewerkschaft redet von Demokratie und betreibt eine krasse Streikdiktatur. Ist das kein Terror?"

Hier allerdings waren die Kapitalisten zu weit gegangen. Die IGM erwirkte eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Hamburg, in der den Kapitalisten verboten wurde, diese Behauptungen weiter aufrecht zu erhalten.

Was wollen die Kapitalisten nun mit diesen massiven Drohungen und einer derartig gewaltigen Hetze erreichen? In UNSER WEG 15 heißt es in bezug auf die Metalltarifrunde 71 richtig, daß plumpe Hetze "nicht darauf abgestellt ist, breite Massen der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Derartige Propaganda der Kapitalisten hat eher gegenteiligen Effekt, und darüber machen sich die Kapitalisten auch kaum Illusion." Ihre Propaganda zielt in erster Linie auf die Zwischenschichten, also auf das Kleinbürgertum, Höhere Angestellte und Beamte etc. Sie sollen in Unruhe versetzt, von der Arbeiterklasse isoliert und als Bündnispartner der Bourgeoisie gewonnen bzw. konsolidiert werden. Das trifft natürlich erst recht für die Situation 56 zu, mit einer Arbeiterklasse, die in der Lage war, einen Streik fast vier Monate lang mit großer Zähigkeit und nahezu 100%iger Streikbeteiligung durchzuhalten.

Eine Gruppe, auf die die Hetze der Kapitalisten abzielte, war sicherlich auch die Polizei, die auf Übergriffe gegen die Arbeiterklasse psychologisch vorbereitet werden sollte. Die Kapitalisten mochten sich von Übergriffen, wenn auch nicht die Einschüchterung der Arbeiterklasse, so doch ihre Provokation und die Möglichkeit versprechen, dies dann propagandistisch auszuschlachten.

In diese Kerbe schlägt auch die Unterstützung, die Innenminister Lemke den Kapitalisten bei Beginn des Streiks (oder auch schon vorher) zukommen ließ: Anläßlich einer Besprechung mit Polizeikommandeuren hatte er diesen Auszüge aus einem ca. 1954 erschienenen sog. Weißbuch der bayrischen Metallindustrie ausgehändigt. Dieses Weißbuch diffamierte die Streikposten als "Terroristen", die vor keinem Gewaltakt zurückgeschreckt seien! Der Streik der bayrischen Metallarbeiter wurde darin als ein "Terrorfeldzug" verleumdet, mit

dessen Hilfe ein großer Teil der Arbeiter "vergewaltigt" worden sei.

Zumindest in einem Fall hatten die Kapitalisten dann auch Erfolg: Am 22. 11. 56 verhinderte die Polizei in Flensburg die Feststellung von Streikbrechern, die von den Kapitalisten mit dem Auto nach Hause gefahren wurden. Motorradfahrer, die den Wagen folgen wollten, wurden von der Polizei festgehalten, nachdem man vorher schon vorsorglich die Nummernschilder der Motorräder notiert hatte.

Im oben zitiertem UNSER WEG heißt es weiter:

"Daneben sind die Frauen der Arbeiter ein wichtiges Ziel der Kapitalisten-Propaganda. Sie sollen demoralisiert werden und so den Kampf der Männer schwächen." Zu diesen Zwecken wurden damals (wie 1971) in regelmäßigen Abständen den "Mitarbeitern" Briefe ins Haus geschickt (s. o.), um Konflikte in die Arbeiterfamilie zu tragen. Denselben Zweck dienten die Hausbesuche von Vertretern der Kapitalisten.

Damit allerdings hatten die Kapitalisten keinerlei Erfolg. Es gelang ihnen nicht, die Einheit von Männern und Frauen zu zerstören.

Aber auch an Versuchen, die Arbeiterklasse selbst zu spalten und zumindest rückständige Teile zum Streikbruch zu bewegen, hat es natürlich nicht gefehlt. "Gute Rezepte" aus den bayrischen Metallarbeiterstreiks gab "Der Volkswirt" den Metallkapitalisten: Es käme für die Kapitalisten nun darauf an, "den Gegensatz zwischen streikenden und nicht streikenden Belegschaften zu stärken und nach Möglichkeit - wie in Bayern - auch die Belegschaften zu spalten." "Die Unternehmer müssen also ... die Gewerkschaften von den Belegschaften trennen. ..."

Die Kapitalisten wissen genau, was ihnen gefährlich wird: die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit zwischen den Gewerkschaftsvertretern und den Arbeitern. Und die Kapitalisten handelten nach dem "Rezept": Durch materielle Repressionen und materielle Bestechungsversuche sollte die Streikfront erschüttert werden. Von Anfang an wurde die Drohung der Aussperrung in die Welt gesetzt und immer wieder aufgewärmt. Gleich zu Anfang wurde die Lüge verbreitet, daß für Streikende keine Beiträge für die Sozialversicherung entrichtet würden.

Arbeitswilligen wurden erhöhtes Weihnachtsgeld, Treuprämien von DM 2.- pro Tag, kostenlose Kohlenlieferungen versprochen. Dann sorgten die Kapitalisten dafür, daß die Streikbrecher in Autos abgeholt und eingesammelt wurden und notfalls auf dem Wasserwege in die Betriebe geschleust wurden. In einigen Betrieben mußten die nichtstreikenden Angestellten Arbeiten übernehmen, die sonst von den Streikenden ausgeführt wurden. Die Kapitalisten forderten Ungarnflüchtlinge als "Ersatzarbeitskräfte" an.

Die angedrohte Arbeitslosigkeit wurde praktiziert: Im Verlaufe des Streiks wurde eine große Zahl von Entlassungen ausgesprochen. Auch hier erhielten die Kapitalisten wieder Unterstützung von der kapitalistischen Justiz. Nach einer Entscheidung des Präsidenten des Landesamtes in Schleswig-Holstein wurde die Sperrfrist für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung durch solche Arbeiter

verlängert, die infolge des Streiks entlassen wurden, ohne jedoch selbst am Streik beteiligt gewesen zu sein.

Materielle Repressionen wurden weiter z. B. durchgeführt bei MaK in Kiel, wo bei der letzten Lohnzahlung DM 30.- für "fehlendes Werkzeug" einbehalten wurden.

Aber in Bezug auf die Teilnahme am Streik hatten die Kapitalisten keinen Erfolg: bis zum Abbruch nahmen fast 100% der Arbeiter am Streik teil.

Ein besonderer Punkt waren die massiven Angriffe auf die Tarifautonomie:

Die Propaganda der Kapitalisten zielte in letzter Konsequenz auf eine "staatliche Zwangsschlichtung" ab. Das zeigte auch die Taktik der Kapitalisten (Verzögerung, Nichtanrufen der freiwilligen Schlichtungsstelle). Offen werden diese Tendenzen zum erstenmal in der Landtagsdebatte am 14. 11.

Der "Hamburger Anzeiger" forderte die Erwägung über ein Gesetz, das die Handhabe gäbe, Streiks zu verbieten. Der Staat müßte die Macht haben, entscheidend einzugreifen, da die Zwangsschlichtung von den Gewerkschaften hartnäckig abgelehnt werde. Nach der Ablehnung des ersten Schlichtungsvorschlags erklärte der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, es gehe um die Frage, ob es noch ein wirtschaftlicher oder ein politischer Streik sei. Offenbar sei einmal ein Fall eingetreten, in dem es ohne ein Eingreifen des Staates nicht ginge. Wie die allgemeine Hetze zu einem Kesseltreiben gegen den Streik ausgeweitet wurde, wurden die Forderungen nach Zwangsschlichtung gewaltig gesteigert, nachdem die Arbeiter zum zweitenmal den Schlichtungsvorschlag, diesmal entgegen den Empfehlungen der Gewerkschaftsführung abgelehnt hatten, als sich also zeigte, daß sich die Arbeiterklasse zeitweilig aus der Kontrolle der Gewerkschaftsführung zu lösen drohte: "Krise der Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften", "Streikrecht gerät in Krise", "Staatlicher Notstand", das waren da die Schlagzeilen. "Frankfurter Neue Presse": "... Die Debatte über das Streikrecht wird aufleben. Man kann getrost die Voraussage machen, daß das Stichwort staatliche Zwangsschlichtung fallen wird. Die Anerkennung, die die Öffentlichkeit dem Streikrecht zu zollen gewillt ist, hängt nämlich stets wesentlich davon ab, wie ein Streik verläuft. Die IG Metall hat in den nächsten Tagen ein ramponiertes Prestige zu flicken ... Natürlich ist die IG Metall nicht dafür verantwortlich, daß politische Kräfte den Arbeitskampf zu einem Fischzug im Trüben ausnutzen. Aber sie hat die Pflicht, die möglichen Folgen von ihr geleiteter Aktionen einzukalkulieren ..."

Der Präsident des BDI, Berg: Die Tarifautonomie sei in eine Krise geraten, "von der sich der Staat im Interesse des Gesamtwohls seiner Bürger nur schwer distanzieren kann." Die Tarifvertragshoheit setze voraus, daß sich ihre Träger unter die "Gebote der ökonomischen Vernunft" stellten. "Tun sie das nicht, dann können sie jede Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung durchkreuzen (!) ... Das muß zwangsläufig zu einer Gefährdung der Grundlagen der demokratischen Ordnung unseres Staates führen. Das kann nicht geduldet werden." "Rheinischer Merkur": "... hat also die vielgepriesene Streikdisziplin deshalb versagt, weil der Bogen demagogischer Verhetzung überspannt wurde, oder haben die Gewerkschaften nur Scheinverhandlungen geführt ..."

Den Gewerkschaft-

ten ginge es gar nicht um eine "Interessenausgleich", sondern um machtpolitische Erfolge. "Die Autonomie der Sozialpartner in vollen Ehren. Als echtes Freiheitsrecht darf sie aber nur verantwortlich gegenüber der Allgemeinheit ausgeübt werden. Schleswig-Holstein hat den Beweis erbracht, daß Gruppeninteressen das Gemeininteresse gefährlich überlagern. Die Konsequenz muß also eine Revision der autonomen Schlichtung mit dem Einbau eines Anrufungs- und Unterwerfungszwanges sein. Staatlicherseits wäre sie durch ein Streikgesetz sinnvoll zu ergänzen."

Hier kommt also klar heraus, was man von den Gewerkschaften erwartet: die Kontrolle der Arbeiterklasse. Solange die Gewerkschaften ihre zugeordnete Funktion als Ordnungsfaktor erfüllen, kann auch ruhig die Tarifautonomie bestehen. Sobald dies aber den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nicht mehr gelingt, muß eben zu härteren Geschützen gegriffen werden.

Das Eingreifen des Staates wurde dann auch schon während des ganzen Streikes praktiziert. Zum einen durch die Teilnahme an der Hetze gegen den Streik. Die CDU und die FDP stellten sich offen auf die Seite der Kapitalisten, im besonderen Ministerpräsident von Hassel und Bundeskanzler Adenauer. Die letzten beiden griffen dann auch in den Streik ein. Am 10.12. unterbreitet von Hassel einen Vorschlag, der Abwarten gesetzlicher Regelungen zur Lohn-

fortzahlung empfiehlt. Diese lehnte diesen Vorschlag ab, aber dennoch kam es dadurch zu Gesprächen unter Vorsitz von Hassels, die dann zur Schlichtung und zum ersten Schlichtungsergebnis führen. Nach der Ablehnung dieses

Ergebnisses durch die Arbeiter war es dann Adenauer, der dafür sorgte, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden.

Im weiteren Verlauf waren dann die Eingriffe von Regierungsvertretern nicht mehr erforderlich. Inzwischen hatten die Kapitalisten mit ihrer Taktik Erfolg gehabt. Mit ihrer ganzen Hetze und der Verzögerungstaktik hatten sie ein Klima erzeugt, in dem es der IGM-Spitze zunehmend ermöglicht wurde, die Metallarbeiter offen zu verraten, und spätestens bei der ersten Aufforderung der IGM, dem Ergebnis zuzustimmen, wurde klar, daß die Gewerkschaftsführer daran gingen, zu beweisen, daß sie die Rolle des Ordnungsfaktors sehr gut beherrschten.

Durch das Ausmaß des Drucks, der erzeugt wurde, wurde ein genügend großer Teil der Arbeiterklasse in Resignation und dazu getrieben, den Glauben an ihre eigene Kraft zu verlieren, um den Abbruch des Streiks zu erzwingen.

Ferner war es durch die gewaltigen Angriffe, die die Kapitalisten gestartet hatten, den Gewerkschaftsführern möglich geworden, die Ergebnisse einem Teil der Arbeiterklasse als Erfolg in einer solchen Situation zu verkaufen.

ARBEITERKLASSE UND TAKTIK DER IGM-FÜHRUNG

Die Taktik der Kapitalisten war so erfolgreich, weil sie ihre Unterstützung bzw. Ergänzung in der Taktik der IGM-Führung fand. Diese stand an der "Spitze" des Kampfes der Metaller, um ihn zum günstigsten Zeitpunkt mit einem faulen Kompromiß abzuwürgen. Die IGM-Führung beließ die schleswig-holsteinischen Metaller in der Isolierung. Sie dachte keinen Moment ernsthaft an eine Einbeziehung der Metaller aus anderen, z. T. weit kampfstärkeren Tarifbezirken.

Daß die IGM-Spitze diese Taktik schließlich zu Nutz und Frommen der Kapitalisten durchsetzen konnte, wirft ein Schlaglicht auf die Bedeutung des KPD-Verbots, die Liquidierung des bewußten Elements in der Arbeiterklasse. Die wenigen noch in den Betrieben verbliebenen kommunistischen Arbeiter waren nicht in der Lage, entscheidende Gegenzüge zu organisieren, geschweige denn erfolgreich auf eine Ausweitung des Streiks auf das ganze Bundesgebiet zu orientieren.

In Flensburg hatten die Kapitalisten im Bunde mit der IGM-Ortsverwaltung wenige Monate vor dem Streik den bei der Flensburger Arbeiterschaft hochangesehenen kommunistischen FSG-BR-Vorsitzenden Willi Sorge auf die Straße gesetzt. Kampfmaßnahmen der Kollegen wurde durch gezielte Gerüchte ("Produktionseinschränkungen", "Entlassungen") vorgebeugt, denn noch ein Jahr vorher hatten die Kollegen W. Sorge bei einem ähnlichen Fall wieder reingestreikt.

VORBEREITUNG DES STREIKS

Es heißt damals zwar in einer Stellungnahme in der IGM-Funktionärszeitschrift "Der Gewerkschafter" zum Streik, daß zum Rahmentarifvertrag "in breiter Diskussion in Tariffkommission, Vertrauensmännerversammlungen, und Mitgliederzusammenkünften . . . Änderungsvorschläge beraten und schließlich ein neuer Entwurf erarbeitet (wurde)". Man kann allerdings annehmen, daß von seiten der IGM-Führung aus sehr wenig getan wurde, um den Streik vorzubereiten. In einer Anfang August 56 erschienen Nummer der "Informationen für die Mitglieder der IG Metall in Schleswig-Holstein", in der schon mit dem Streik gerechnet wird, kann man folgendes lesen: "Der Streik ist das letzte Mittel in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, aber wir sollten uns auf die Möglichkeit einer solchen Auseinandersetzung rechtzeitig vorbereiten. Einmal dadurch, daß sich jeder Arbeitnehmer organisiert und zum zweiten, daß jeder seinen ordentlichen Beitrag entrichtet."

Mit einer solchen "Vorbereitung" werden die Arbeiter wohl kaum einen Streik siegreich bestehen können!

Die IGM-Führung ging die Kraftprobe in dieser Frage,

die für die gesamte Arbeiterklasse der BRD von großer Bedeutung war, sicherlich nicht aus "Versehen" in einem der schwächsten Tarifbezirke ein (34 000 streikende Metallarbeiter!), ohne in ausreichendem Maße die Solidarität mit den anderen Tarifbezirken hergestellt zu haben.

Die IGM tat nichts, um die breite Solidaritätsbewegung innerhalb der gesamten Arbeiterschaft für eine einheitliche Kampffront zu nutzen. In fast jeder Nummer der Streiknachrichten wurden etliche Solidaritätserklärungen abgedruckt, in denen es oft genug hieß: "Euer Kampf ist unser Kampf!" und "Allein sind wir nichts, vereint sind wir alles", aber die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins mußten den Kampf allein für die gesamte Arbeiterklasse der BRD führen. Die IGM tat absolut gar nichts, um den Kampf auszuweiten, nicht einmal die Möglichkeit wurde angedeutet. Im Gegenteil: auf den von Anfang an von den Kapitalisten verbreiteten Vorwurf, daß es sich hier in Schleswig-Holstein bei den Forderungen der IGM um einen "Modellfall" handele, der im Bundesgebiet Nachahmung finden solle, reagierte die IGM-Spitze mit Rückzug! Sie wehrte sich "auf das nachdrücklichste gegen diese Behauptung". (SN1) Diese Behauptung "gehe an den Tatsachen vorbei und entbehre jeder Grundlage" (SN47). Die Kapitalisten wollten von der Tatsache ablenken, "daß es sich bei dem Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter um einen regional begrenzten Tarifkonflikt handelt". (SN 54) Es heißt dann zwar einmal, daß durch "ihr uneinsichtiges und provokatorisches Verhalten" die Kapitalisten den "Arbeitskampf im Norden der Bundesrepublik zu einer Angelegenheit (haben) werden lassen, welche die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung, alle in abhängiger Arbeit stehenden Menschen im Bundesgebiet angeht", und daß "die Gewerkschaften in der Bundesrepublik . . . nicht tatenlos zusehen werden". Die Antwort auf die Angriffe der Kapitalisten sollte aber offenbar auf die "eindeutigen Erklärungen des DGB, der IG Metall und maßgebender deutscher Gewerkschaftsführer" sowie die "zahlreichen und wertvollen Beweise der Solidarität aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik" beschränkt bleiben, denn später distanziert man sich wieder von "dem - zentral gesteuerten - Propaganda-Märchen vom 'Modellfall' ". (SN 72)

SOLIDARITÄT

Ganz anders dagegen hatte die Arbeiterklasse in der BRD und über die Grenzen hinaus die Bedeutung des Kampfes erkannt. Die Solidaritätsbewegung war bedeutend. Eine solche Solidaritätsbewegung ist immer wichtig, um einen wirkungsvollen Streik zu führen und hat sicherlich auch damals die Kollegen entscheidend gestützt. In fast jeder Ausgabe der Streik-Nachrichten waren etliche Solidaritätserklärungen von Gewerkschaftsgremien oder direkt von Belegschaften abgedruckt, in denen deutlich wurde, daß es nicht nur um die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter ging: Diese Erklärungen waren zwar oft genug durch die Absicht und Sprache der Gewerkschaftsfunktionäre verbrämt, aber sie zeigten doch, daß die gesamte Arbeiterklasse hinter den schleswig-holsteinischen Kollegen stand. Auch ausländische Gewerkschaften bzw. Gewerk-

Solidarität der Tat

Verwaltungsstelle Gevelsberg . 172,—	Belegsh. Fa. Barmag, Remscheid . 746,—
BR u. Verfr.-U. Industriewerke Karlsruhe . 827,50	" Windgassen u. Hinrichs, Remscheid . 95,30
NCG München . 59,—	" Busotis . 367,—
Druck u. Papier Miesbach/Obb. . 20,—	" Voilant, Remscheid . 195,—
IGM-Stelle Schwenningen . 2000,—	" Deutsche Edelstahlwerke, Remscheid . 1100,—
IGM-Stelle Berg-Gladbach . 769,80	BR Mann & Hummel, Ludwigsburg/Württemberg . 370,—
DGB Kirchheim-Teck . 34,—	DGB München . 720,—
Verfr.-Leute Fa. Rötting, Hannov. . 410,—	Belegsh. Siemens & Halske u. Siemens-Schuckert, Kiel . 168,—
IG Bergbau, Marienstein . 300,—	Ortsverw. Hagenau / Murgtal . 26,—
IG Bau, Steine, Neumünster . 528,20	Baugew. Gmund a. Tegernsee . 8,—
BR Bremer Vulkan . 3249,53	Gew. Holz, Holzkirchen . 25,—
BR Gritzner-Kayser, Karlsruhe . 1381,—	BR Fa. Müller & Maisch, Kirchh.-Teck . 27,50
Belegsh. Fa. Arnold, Schornhof . 241,—	BR Fa. Riesner, Rastatt . 39,30
" Mannesmannröhren, Remscheid . 2000,—	Belegsh. d. Gemeindeverwaltung Schringhausen b. Kassel . 40,—
" Alexanderwerke AG, Remscheid . 1220,—	Ein altes Mitglied der GdED . 10,—
" Fa. Vradebord, Nordenham . 38,30	Belegsh. Stierlen-Werke, Rast. (Baubüro) . 337,37
" Metallwerke Unterweser, Nordenham . 1132,50	BR Fa. Wenk, Brombach bei Lörach . 59,10
" Eisfether Werft, Elsfleth . 956,33	Belegsh. Fa. Lamy, Heidelberg . 70,50
" Seekabelwerke, Nordenham . 405,47	" Eisenwerk Randen/Baden . 76,50
" Felten & Guilleaume, Nordenham . 500,—	BR Thaleswerk, Rastatt . 105,80
" Lühring-Werft, Nordenham . 261,—	BR Masch.-Fabr. Diedesheim . 186,—
Tarifkomm. Oldenburg, Delmenhorst u. Nordenham . 110,—	Belegsh. Montanwerke, Welter Tuleniger . 500,—
DGB-Delegiertenkonferenz Nordenham . 118,—	BR u. Gewerkschaftshaus Oldenburg . 882,88
Einzelspende aus Nordenham . 28,30	BR Schreier & Müller, Lörach . 28,80
Krefeld . 5000,—	Belegsh. Fa. Schubert & Co., Rastatt . 36,50
IG Chemie, Miesbach . 100,—	IG Holz, Bad Tölz . 50,—
IG Bau, Steine, Erden Eckernförde . 100,—	BR Waggonfabrik AG, Rastatt . 177,—
2 Alterskollegen, Remscheid . 3,—	Belegsh. Fa. Hoier, Kirchh.-Teck . 53,50
BR Badische Wolfram-Erz-Ges. Kleinsteinbach b. Karlsruhe . 130,—	
Belegsh. Waggonfabrik Josef Rathgeber, München-Moosach . 1000,—	

Solidaritätsspenden aus allen Teilen der Bundesrepublik (Streik-Nachrichten 40)

schaftsvertreter halfen mit Solidaritätserklärungen: Norwegen, Frankreich, USA.

Hervorzuheben sind die Erklärungen der Hamburger Werftarbeiter in der IG Metall, der Metallarbeiter der Hamburger Werft der Fa. Heidenreich & Harbeck, der Metallarbeiter des Französischen Gewerkschaftsbundes Force Ouvriere und der Vertreter von aus Ungarn geflüchteten und damals in Kiel untergebrachten Metallarbeitern, in denen jeweils betont wird, keine Streikbrecherarbeit zu leisten: Die schleswig-holsteinischen Kollegen wußten, daß ihnen nicht in den Rücken gefallen wurde. Aus allen Teilen der Bundesrepublik gingen Solidaritätsspenden, die wohl insgesamt weit über 500 000 DM ausgemacht haben, und andere Güter aller möglichen Arten ein. Darüber hinaus gingen viele Angebote von Arbeiterfamilien ein, Kinder von den streikenden Kollegen für die Dauer des Streiks aufzunehmen.

Unterstützt wurde der Streik auch aus anderen Teilen des Volkes: Einzelne Betriebe halfen durch Ausschicken von kostenlosem Bohnenkaffee, durch Verschicken von Zigarren und durch ermäßigtes Haarschneiden. Die Junglehrgemeinschaft der GEW sowie die Verrechnungsstelle der Gewerkschaft Kunst übergaben Geldspenden zum Kauf von Büchern für ein von den Streik-Nachrichten veranstaltetes Preisrätsel für die Kinder der Metallarbeiter.

FALSCH FREUNDE

Allerdings gab es auch "Solidarität" aus der falschen Ecke. Dazu zählten einige Erklärungen von Spitzengremien einiger Gewerkschaften, die letztenendes nicht den Kampf der Metallarbeiter unterstützten, sondern die Erhaltung des kapitalistischen Systems im Auge hatten (siehe u. a. die Erklärung der GdED unter "Ideologische Desorientierung der Arbeiterklasse").

low 1015 4 2 7

Dazu zählt im besonderen die "Solidarität" der SPD, die gleich ihre "Sympathie" mit den Streikenden bekundete, aber "bedauerte" (!), "daß die Metallarbeiter zur Durchsetzung ihrer auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegenden Forderungen (also auch im Interesse der Kapitalisten???) zu dem letzten ihnen verbleibenden Mittel, dem Streik greifen mußten." (SPD-Schleswig-Holstein, Bezirksvorstand und -ausschuß). Eine ähnliche Erklärung gab es dann auch noch von der SPD-Frauenkonferenz, den Vertrauensleuten der SPD Flensburg ("Wo die schaffenden Menschen um ihr Recht und sozialen Fortschritt kämpfen, steht die Sozialdemokratie an ihrer Seite") und von der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit solchen "Solidaritätserklärungen" soll nur bezweckt werden, den Protest der Arbeiterklasse auf die Mühlen der SPD zu lenken, Illusionen über die bürgerlichen Parteien und über das Parlament zu erwecken, damit die Kollegen zu verwirren und ihren Kampf zu schwächen und das kapitalistische System zu stützen.

Das wird deutlich, wenn der SPD-Bezirksvorstand Schleswig-Holstein die Ablehnung der Bonner Ergebnisse durch die Kollegen als "ernstzunehmendes Alarmzeichen" und als "deutliches Zeichen für die tiefergehende Unzufriedenheit in den Betrieben" sieht. Die Beratung des "Gesetzesentwurf zur Gleichstellung aller Arbeitnehmer" sei deshalb beschleunigt zu beraten und zu verabschieden.

Die praktische Inangriffnahme dieser Forderung durch die SPD in verschiedenen Ausschüssen mußte allerdings kurzfristig einen gegenteiligen Effekt als den beabsichtigten haben. Sie scheiterte nämlich, und die Arbeiterklasse wurde eher noch mehr von der Notwendigkeit eines eigenen Kampfes überzeugt. Langfristig aber lieferte die SPD durch ihr Verhalten die Grundlage für noch tiefergehende Illusionen, in die nach der Streikniederlage die Arbeiter gelenkt werden sollte: die Arbeiterklasse sei an den jetzigen Parlamentsmehrheiten gescheitert.

Selbst in Schleswig-Holstein wurde anfangs nur ein Teil der Arbeiterklasse mit einbezogen (nur die Werften). Erst schrittweise wurde der Streik auf andere Betriebe ausgedehnt, obwohl gleich zu Beginn des Streiks in den Streik-Nachrichten davon die Rede war, "daß gerade von den Kollegen in den bisher nicht bestreikten Betrieben in steigendem Maße die Einbeziehung in den Ausstand gefordert wird." Nach der Einbeziehung in den Streik war dann auch die Streikbeteiligung genauso hoch wie in den anderen Betrieben, obwohl später z. B. in Eckernförde die Mehrheit der Arbeiter für die Annahme der 3. Schlichtungsvereinbarung stimmte. (3).

Die reformistische Taktik erkennt man in den Begründungen für die Forderungen: Immer wieder macht die IGM krampfhaft Aussagen, daß es um das Recht gehe, daß die Arbeiter nichts Unbilliges fordern und, wie wir es heute zu genüge von der DKP kennen, daß die Unternehmer zahlen könnten. ("Die Industrie kann unsere Forderungen erfüllen", "Es geht um unser Recht", "Die Metallarbeiter fordern nichts Unbilliges", "Unsere Forderungen sind berechtigt", "Sie können zahlen" usw.)

Gewerkschaftsvertreter Fick auf einer Streikversammlung in Lauenburg: "Wir neiden ihnen diesen Reichtum nicht (den Kapitalisten - Verf.). Wir blicken auch nicht mißgünstig auf ihre dicken Mercedes. Aber wir wollen end-

lich einen kleinen Teil jener Werte abhaben, die letztlich wir in den letzten schweren Jahren geschaffen haben." (SN 4)

ORGANISIERUNG DES STREIKS

Organisiert wurde der Streik hauptsächlich über die Streiklokale, die quasi die Nervenzentren der Streikbewegung darstellten. Hier wurden die Kontrollkarten ausgegeben, Streikunterstützungen ausbezahlt usw. Tagtäglich kamen die Arbeiter, um sich registrieren zu lassen, um sich zu informieren usw. Hier war auch der Ort, wo die Arbeiter die Organisation des Streiks z. T. selbst in die Hand nahmen. Streikposten wurden jeden Tag eingeteilt, Boten sorgten für die Verbindung mit der örtlichen Streikleitung. In einer Stellungnahme zum Streik in "Der Gewerkschafter" mußte man feststellen: "Streikposten, Streikleitungen, die Organisation der Streiklokale (Kontrolle und Geldauszahlung) und viele andere Tätigkeiten wären ohne unsere Vertrauensleute ... gar nicht denkbar."



Streikleitung im Kieler Hafen

Viele Tätigkeiten (z. B. Boten) wurden von Jugendlichen übernommen. Obwohl die Lehrlinge in den Streik nicht mit einbezogen waren, versuchte man doch, so weit wie möglich einen gemeinsamen Kampf zu führen.

In vielen Streikversammlungen und Massenkundgebungen (letzteres am 6. und 7. 12. in Flensburg, Kiel, Lübeck und Rendsburg) wurde die Solidarität untereinander deutlich, obwohl hier häufig die "Kollegen" Gewerkschaftsführer der IGM redeten. In großer Anzahl ergriffen auf vielen Versammlungen die Kollegen selbst das Wort und zeigten ihre Kampfbereitschaft.

Das konnte solange "gutgehen", wie die Gewerkschaftsführung noch scheinbar selbst die Interessen der Kollegen vertrat. Als jedoch der Verrat der Gewerkschaftsführung

für die Kollegen am 25.1.57 (2. Schlichtungsergebnis) zum ersten mal offenkundig wurde, konnten die Streikversammlungen den Führern gefährlich werden. Also gingen sie dazu über, diese Möglichkeiten für die Kollegen einzuschränken und zu sabotieren. Zwei Fälle sind in Flensburg bekannt.

■ Am 29.1.57 berichtet die "Flensburg Avis" davon, daß am Tag vorher eine Versammlung mit Hilfe von Lautsprecherwagen der Polizei im letzten Augenblick vom Deutschen Haus zum weniger Personen fassenden Gewerkschaftshaus verlegt worden war. Diese Maßnahme erfolgte auf Order der obersten Streikleitung in Hamburg, weil es in Kiel nach der Empfehlung der Gewerkschaftsführung mit Ja zu stimmen, angeblich zu Unruhen gekommen wäre.

■ Ebenfalls aus der "Flensburg Avis" (12.2.57) kann man erfahren, daß die Gewerkschaft das vor den Urabstimmungen übliche Treffen auf den Urabstimmungstag am 13.2. selbst verlegt hatte. Während der Versammlung ließ man schon aus "praktischen Gründen" die Urabstimmung anlaufen. Man sieht also, die Gewerkschaftsführung wandte auch praktisch alle Tricks an, um den Kampf der Kollegen zu sabotieren.

IDILOGISCHE DESORIENTIERUNG DER ARBEITERKLASSE

Wie schon die defensive Begründung der Forderungen zeigt, tat die IGM-Spitze nichts, um Klarheit über den Feind der Arbeiterklasse, die Kapitalisten und ihren Staat, zu schaffen. Die obligatorischen radikalen Phrasen der IGM-Führung (Nur der Kampf würde die Kapitalisten in die Knie zwingen) stellen dazu nur insofern einen Widerspruch dar, als daß sie eine Gefahr in sich bergen, daß die Führung beim Wort genommen wird. Ansonsten sind sie notwendig zur Ergänzung der IGM-Taktik, um die wahre Position dieser "Arbeitervertreter" zu verdecken und um Illusionen in der Arbeiterschaft über diese Herren zu erhalten.



Großkundgebung in der Kieler Ostseehalle



Streikposten in Kiel

In den Streik-Nachrichten fällt der starke Antikommunismus der IGM-Spitze auf. Auf die Versuche der Kapitalisten, den Streik als "kommunistisch gelenkt" usw. darzustellen, reagierte die IGM mit wilden Distanzierungen. So heißt es in SN 3: "... Die IGM protestiert mit aller Schärfe gegen diese üble Diffamierung ihrer Mitglieder. Es ist auch den Arbeitgebern bekannt, daß gerade die IG Metall ihre scharf ablehnende Haltung gegenüber den Kommunisten in Westdeutschland, in der Sowjetzone und in der ganzen Welt unzählige Male in der Öffentlichkeit bekundet und durch ihre Maßnahmen unter Beweis gestellt hat. ... Gerade die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wissen nur zu gut, daß die in Schleswig-Holstein aufgetauchten Presse- und Rundfunkreporter aus der Sowjetzone nur Handlanger eines Systems sind, das den Arbeitern in Mitteldeutschland die selbstverständlichsten Grundrechte vorenthält und ihre Arbeitskraft ausbeutet." Aus der DDR angebotene Solidaritätsspenden wurden zurückgewiesen oder "umgehend an die Opfer des Freiheitskampfes in Ungarn weitergeleitet", denn "Zwischen uns und dem FDGB als Handlanger eines Zwangsregimes kann es keine Gemeinsamkeit geben." (SN 32)

Die Unverfrorenheit, mit der diese Kommunistenhetze vorgetragen wurde, wirft ein Licht auf die Stellung der Kommunisten innerhalb der Arbeiterklasse nach dem gerade erfolgten KPD-Verbot im August 56. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten als Kommunisten einen sehr geringen Einfluß innerhalb der Arbeiterklasse hatten. Wenn sie als Führer akzeptiert wurden, so wohl eher als konsequente Gewerkschaftler. Die Ereignisse in Ungarn zur selben Zeit taten ein übriges, um der IGM-Spitze diese Hetze zu erlauben mit dem Ziel, die Kommunisten noch mehr zu schwächen.

Wer nun allerdings meint, er könne in den Streik-Nachrichten eine ähnliche Kritik an der Brutalität des Kapitalismus finden, der wird sich enttäuscht sehen, denn er wird vergeblich suchen. Im Gegensatz zu dieser Hetze fällt die Kritik am kapitalistischen System relativ lasch aus.

Inn Gegenteil: die IGM hatte es immer eilig, zu betonen, daß es ihr nicht um die Beseitigung dieses Systems gehe. So fällt der IGM-Spitze als Antwort auf die in der zweiten Hälfte des Januar 57 gesteigerte Hetzkampagne in den Zeitungen (wo vermehrt unterstellt wird, es gehe der IGM bei dem Streik darum, an den Grundfesten des Staates zu rütteln), nichts besseres ein, als zu betonen, daß sie die letzten seien, "die das Recht jedes einzelnen Menschen auf seine eigene Meinung bestreiten. Es ist eines der vornehmsten Kennzeichen der Demokratie, daß jeder diese seine ureigensten

Meinung zu allen Fragen unseres Lebens öffentlich äußern, sie in Wort und Schrift anderen zur Kenntnis geben kann. Und die Gewerkschaften haben es immer als ihr oberstes Ziel angesehen, dieser Demokratie (gemeint ist der Kapitalismus) zu dienen, notfalls auch für ihre Sicherung mit dem letzten Einsatz zu kämpfen." (SN 61)

Das kann man gerne glauben! Die Gewerkschaftsführer sind eben Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die den Kampf der Arbeiter verhindern oder zumindest desorientieren sollen, um den Bestand der kapitalistischen Ordnung nicht zu gefährden. Das kommt in einer "Solidaritätserklärung" des Hauptvorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zum Ausdruck:

"... Die Erfüllung der Forderungen der IG Metall nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für die Dauer von sechs Wochen, verlängerten Urlaub und Urlaubsgeld würde einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Befriedung (!) in der Bundesrepublik darstellen. Diese aber ist die Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche und politische Situation (!). Die Behauptung der Arbeitgeberverbände - im Zeitpunkt

lich den Schutz der kapitalistischen Ordnung, so erscheint dies als Übergriff einzelner Personen und Parteien, nicht aber als notwendiges Eingreifen in den Klassenkampf zugunsten der Kapitalisten.

Als Lemke den Polizeidienststellen die Auszüge aus dem "Weißbuch" der bayrischen Metallkapitalisten zuleitete, wird gejammt: "Wir fragen: Warum geschieht solches? ... Versucht auch er (!) - so wie die bayrischen Metallindustriellen das taten -, die Streikenden zu diskreditieren? ... Warum verbreitet Dr. Lemke in seiner offiziellen Staatsfunktion (!) solche einseitigen, hemmungslosen Produkte des Hasses und des Klassenkampfes von oben?" (Ja, warum bloß???) "Hier stehen demokratische Grundrechte auf dem Spiel, und hier muß auch geklärt werden, ob Minister, die ja doch berufen sind, die Interessen des Landes in seiner Gesamtheit wahrzunehmen (!) in so offensichtlich, einseitiger Weise die Partei der reichen Leute gegen die übergroße Mehrheit des Volkes vertreten dürfen, ohne auf schärfste Kritik und Ablehnung zu stoßen."

"Selbstverständlich erkennt die IG Metall an, daß es das Recht des Innenministers ist, die Polizeibeamten über ihr



Antikommunistische Hetze der IGM-Führer in den Streiknachrichten

Klagelied des sowjetzonalen FDGB: „Daß sie unsere Flugblätter nicht lesen, kann ich noch verstehen. Aber daß sie unsere HO-Wurstchen auch nicht nehmen, geht über meinen Horizont!“

der gegenwärtigen weltpolitischen Spannungen sei der Metallarbeiterstreik ein ruhestörender Faktor - könne deshalb nur als absurd bezeichnet werden und zeugt von keinem politischen Weitblick (!)."

Das ist es also, was die Gewerkschaftsführer zum Jammern über die von den Kapitalisten hervorgekramten "alten Rezepte des Klassenkampfes" (SN 2) und zum Bedauern über die Notwendigkeit des Streiks treibt: Nicht die Sorge um die Interessen der Arbeiter, die sie angeblich vertreten, sondern die Sorge um den Bestand des Kapitalismus.

Um den Kampf der Arbeiterklasse zu desorientieren und ihm seine Schlagkraft zu nehmen, muß die Gewerkschaftsspitze Illusionen über den Kapitalismus verbreiten. Das hat die IGM-Führung auch damals kräftig getan. Der Staat fungiert als überparteiliche Instanz, die die Interessen der gesamten Öffentlichkeit zu vertreten hat. Wenn der Staat dann seinen wirklichen Zweck erfüllt, näm-

Verhalten bei Streiks aufzuklären (!). Es muß aber jedes Verständnis dafür fehlen, daß das einseitig ... geschieht." (SN 3)

Später wird dann ohne Kommentar von einer Besprechung mit Lemke berichtet, der nun sein "Bedauern" über seine Maßnahme zum Ausdruck brachte und auf die "strikte Neutralität aller Polizeistreitkräfte im Arbeitskampf der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter größten Wert" legte. Stattdessen hält man nun den Kapitalisten vor, was Lemke "ausdrücklich bestätigt hat: daß sich die Streikposten bisher überall korrekt verhalten haben; daß ein Eingreifen der Polizei nirgendwo notwendig gewesen sei; daß die Anweisungen der IGM für die Streikposten auch von seinem Ministerium nicht besser hätten ausgearbeitet werden können". (!!) (SN 8)

Man kann also nur zu dem Schluß kommen, daß Lemke erst einmal zur richtigen Auffassung zurückgekommen

war, und nicht, daß dies nur eine taktische Wendung war.

Als dann in der Landtagsdebatte am 14. Nov. CDU, FDP und im besonderen von Hassel sich eindeutig auf die Seite der Kapitalisten stellen, wird dieses wiederum nur bedauert: "Diese von dem Ministerpräsidenten eingenommene Haltung entspricht in keiner Weise der von einem Regierungschef bei Arbeitskämpfen als selbstverständlich zu erwartenden Neutralität. Sie ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in seine Unparteilichkeit zu heben (!) und der weiteren Entwicklung in Schleswig-Holstein zu nützen." (SN 16)

Im Januar reiht sich auch ein Ministerialdirektor Sureth aus Kiel in den Chor der Kapitalistenvertreter ein. Die IGM in SN 58: "Natürlich ist es jedem unbenommen, seine Meinung zum Streik zu sagen. Ein hoher Regierungsbeamter aber hat auf jeden Fall die Pflicht, das nicht einseitig zu tun."

Auch die Polizei erscheint nicht als ein Instrument in den Händen des bürgerlichen Staates, gewaltsam die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten. Davon zeugen folgende Zitate:

"... Will Dr. Lemke die Polizeibeamten, die bisher einwandfrei und korrekt ihren Dienst versehen, gegen die Streikenden aufhetzen? ... " (SN 2) "und die Polizeistreifen kommen sich erst recht überflüssig vor" (SN 2) "Am ersten Tage spielten die Polizisten auf Anweisung des Innenministers Großeinsatz, und die Kripo ließ ihre Beamten in Zivil auf der Hauptstraße herumlaufen. Heute fragen uns die Beamten selbst voller Interesse, wie denn unsere Angelegenheiten vorankommen ... " (Hans Nielsen über Flensburg)

Nachdem in Flensburg die Polizei einige Kollegen an der Feststellung von Streikbrechern hindert, steht in SN 27 ein Artikel aus der "Flensburger Presse" (SPD), in der es zum Schluß heißt: "Nun, man soll diese Dinge nicht dramatisieren, aber man soll den Anfängen wehren. Die fp kann sich nicht vorstellen, daß ein solches Verhalten einzelner Einsatzleiter die Billigung der Führung der Flensburger Polizei findet. Denn die Polizei ist für alle Staatsbürger da und hat auch alle gleich zu behandeln."

In der Flak-Kaserne in Rendsburg versuchte ein Bundeswehroffizier, die Mannschaften und Offiziere durch eine Rede gegen die Metaller aufzuhetzen (sicherlich nur ein bekanntgewordener Fall von vielen). SN 9 dazu: "Das ist ein unerhörtes Vorkommnis. Es gibt also in unserer Bundesrepublik schon wieder (!) Offiziere, die ... die Soldaten gegen die um größere soziale Sicherheit kämpfenden Arbeiter aufzuhetzen versuchen ... Hier gibt es nur eins: die für diesen Vorfall Verantwortlichen müssen sofort unnachgiebig zur Rechenschaft gezogen werden ... "

Hier wird also, wie es auch in UNSER WEG 15 für die Metalltarifrunde 71 festgestellt wurde (S. 10), die staatliche Gewalt zum individuellen Problem gemacht. Verantwortlich sind immer nur einzelne, nicht die in der Bundeswehr und in der Polizei institutionalisierte Gewalt des Staates, die zur gewaltsamen Niederschlagung

von Kämpfen der Arbeiterklasse bereitsteht. So wurde von der IGM-Spitze geschickt von der Bedeutung abgelenkt, die der Tatsache zukommt, daß die Polizei Großeinsatz spielte, daß offenbar zivile Spitzel eingesetzt wurden, daß überall in der Nähe von bestreikten Betrieben Polizei zugegen war.

Es ist anzunehmen, daß hier auf Stimmungen innerhalb der Arbeiterschaft eingewirkt werden sollte, die aufzufangen und abgelenkt werden sollten. ("Die Bundeswehr in ihrem derzeitigen Aufbau ist in weiten Kreisen der Bevölkerung umstritten!") (SN 9)

Blind vertraute die IGM auch den bürgerlichen Gerichten. Das kommt besonders zum Ausdruck, als die Kapitalisten die IGM verklagten, weil sie angeblich mit der Durchführung der Urabstimmung am 11. und 12. Oktober die tarifvertragliche Schlichtungsvereinbarung verletzt hätte. Die IGM beachtete die Klage kaum, sie komme nämlich "wirklich zu spät (nach 5 Wochen Streik), um noch ernst genommen werden zu können ... " Damit würde das bestätigt, "was jeder juristisch geschulte Mensch (!) auf den ersten Blick feststellt: der nun angestregten Klage fehlt jede rechtliche Grundlage. (!) Sie kann nur als Propagandamanöver gewertet ... "

Später wurde die IGM dann eines besseren belehrt, wenn der Klage auch 100mal die rechtliche Grundlage fehlte, weil der Streik erst nach dem Ablauf der Friedenspflicht ausgerufen worden war. Zwar wurde die Klage nach der "Flensburg Avis" v. 11. 2. 57 von dem Arbeitsgericht in Hamburg erst einmal abgewiesen. Das Bundesarbeitsgericht sah dann allerdings später die Friedenspflicht schon durch die Urabstimmung gebrochen. Es verurteilte die IGM zu einem Schadensersatz von 38 Mio. DM und machte damit die Niederlage vollkommen.

Auffallend sind die häufigen Feststellungen in den Publikationen der IGM, daß der Streik in mustergültiger Ordnung verläuft, wo man sich sogar nicht davor scheut, als Beweis dafür den Lemke selbst zu zitieren. Auch sind recht häufig Aufrufe an die Arbeiter zu finden, sich nicht provozieren zu lassen. Was steckt dahinter? Offenbar ist der Streik nicht in der "mustergültigen Ordnung" verlaufen, wie es sich die Gewerkschaftsführung gewünscht hatte. Die Arbeiter blieben nicht unter Kontrolle der Gewerkschaftsführung. Davon zeugen nicht zuletzt die Abstimmungsergebnisse in den letzten beiden Urabstimmungen.

So ist in einem Leitartikel der "Flensburg Avis" vom 14. 2. 57 davon die Rede, daß die Arbeiter nicht ohne weiteres den Anweisungen von oben gefolgt wären und die funktionäre mehrere Male Schwierigkeiten gehabt hätten, bloß eine einigermaßen Kontrolle zu behalten. In bezug auf Flensburg ist uns bekannt, daß es zu ziemlich militanten Aktionen der Arbeiter gekommen ist. Zu einer spontanen Demonstration von der Fabrik Robbe & Berling kam es, als dort Streikposten von Streikbrechern mit Steinen beworfen wurden. Weiter wurde z. B. der Direktor der Werft Hilgenberg mit der Schiebkarre dahin befördert, wo er hingehört: in die Flensburger Förde.

Wenn man dies in Betracht zieht, kann man nur noch zu dem Schluß kommen, daß in den Streik-Nachrichten Informationen über selbständige Kämpfe der Arbeiter mit

voller Absicht verschwiegen werden, nicht etwa aus Angst vor etwaigen negativen Auswirkungen in der Stimmung der Bevölkerung, sondern aus Furcht vor der Ausdehnung dieser Aktionen, aus Furcht davor, daß der Streik noch mehr der Kontrolle der Gewerkschaftsspitze entgleiten wür-

de. Dazu paßt auch, daß sie in den Streik-Nachrichten Kollegen für sich sprechen läßt, indem andauernd "Interviews" veröffentlicht werden, die auf Linie der IGM liegen. In ähnlicher Manier geht ja heute die DKP in der "UZ" vor.

DIE NIEDERLAGE UND DIE FOLGEN

Allein, die Arbeiterklasse war nicht stark genug, sich von der IGM-Führung zu lösen und einen eigenständigen Kampf zu führen. So konnte die Niederlage gemeinsam von den Kapitalisten und IGM-Spitze schrittweise durchgeführt werden.

Ende Januar wendet sich die IGM zum erstenmal mit den Phrasen "Erfolg gewerkschaftlicher Kraft", "Ein großer sozialer Fortschritt" an die Metaller mit der Aufforderung, dem Ergebnis der Schlichtung zuzustimmen, obwohl "wesentliche Forderungen nicht erfüllt" wären (SN 64) und "Wir mit dem Verhandlungsergebnis nicht zufrieden sind".

(O. Brenner) (4)

Jetzt wurde das Zusammenspiel mit den Kapitalisten deutlich. Es wurde versucht, das Ergebnis angesichts der massiven Angriffe der Kapitalisten als Erfolg zu verkaufen. "Keiner sollte sich auch in dieser Auffassung durch Kräfte irre machen lassen, die auf die Uneinigkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft spekulieren." (!) (SN 66)

Während die IGM davon redet, "daß die Stimmung der Arbeiter nicht einheitlich wäre", und noch "vielfach Unklarheiten" bestehen würden, wuchs bei den Kollegen die Empörung, ließen sich die Arbeiter offenbar also nach Ansicht der Gewerkschaftsführer "irre machen".

Die "Flensburg Avis" berichtet am 29.1.57 davon, daß in zum Teil stürmischen Versammlungen in Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg die Metallarbeiter ihre Ablehnung bekundet hatten. Auf der in Flensburg vom Deutschen Haus zum Gewerkschaftshaus verlegten Versammlung sprachen sich alle Sprecher der Streikenden gegen den "Erfolg" aus. Die Arbeiter lehnten dann auch am 30.1. mit 76,24 % (Flensburg 92 %) das Schlichtungsergebnis ab.

Sofort machte die IGM wieder eine taktische Kehrtwendung und erklärte, daß sie den Streikenden "keine weiteren Opfer" hätten zumuten wollen, jetzt aber "das einwandfrei demokratisch zustandegekommene Abstimmungsergebnis" respektieren würde. (Na, da muß die Arbeiterklasse aber dankbar sein!)

Anscheinend wurde die Situation auch für die Kapitalisten und für die Gewerkschaftsführung brenzlig. Am 31.1.57 hieß es in der "Flensburg Avis":

"Nachdem die Metallarbeiter den Schlichtungsvorschlag von Bonn abgelehnt haben, wird befürchtet, daß der Streik auf andere Gebiete in der Bundesrepublik übergreifen wird, besonders auf das Ruhrgebiet. Die Gefahr für umfassende Unruhe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt scheint unmittelbar zu sein. Die Metallarbeiter im Ruhrgebiet beginnen sich zu rühren. In Hamburg sind die Verhandlungen

zwischen 25 000 Hafenarbeitern und Arbeitgebern zusammengebrochen." (Übersetzung aus dem Dänischen)

Es ging jetzt darum, den Streik in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich zu beenden. Die Zentrale Streikleitung rief so auch bald die freiwillige Schlichtungsstelle an, während die Kapitalisten die Hetze gegen den Streik steigerten (s. o.). Schon am 10. Februar trat die IGM mit einem neuen Ergebnis vor die Metallarbeiter und forderte sie auf, mit Ja zu stimmen. (5) Frech wurde über die Diskussion unter den Metallarbeitern behauptet: "Und überall sind die Gespräche von einem Gedanken getragen: Das, was die Metallarbeiter . . . erreicht haben, ist ein ganz entscheidender Fortschritt auf dem Weg zur sozialen Gleichstellung aller Arbeitnehmer."

Ein zu plumper Versuch, die Kollegen zu beeinflussen und über die wirkliche Lage hinwegzutäuschen!

Die Wahrheit sah wahrscheinlich anders aus und war durch Empörung der Kollegen, aber sicherlich auch durch Resignation und Ohnmacht gekennzeichnet.

Die "Flensburg Avis" berichtete von der auf den Urabstimmungstag verlegten Streikversammlung im Deutschen Haus: Gewerkschaftsvertreter Sühning konnte nur mit Mühe zu Wort kommen und nur mit Schwierigkeiten seine "Begründung" vorlegen. Als er eine diffamierende Antwort von sich gab, wurde er durch anhaltende Unruhe gezwungen, sich zu entschuldigen. Danach wurde von mehreren Sprechern die Gewerkschaftsführung entlarvt: Sie hätten die Arbeiter im Stich gelassen, da sie erst zum Streik aufgerufen hätten und dann wesentliche Streikforderungen fallengelassen hätten.

Aber die Streikbereitschaft war nicht mehr groß genug, um den Streik weiterzuführen. Es war tatsächlich eine "Bresche geschlagen" worden, wie die IGM-Führung es weismachen wollte: aber auf der anderen Seite als von der von ihnen gemeinten, auf der Seite der Arbeiterklasse, deren Kampffront am Abbröckeln war.

"Nur" noch 57,66 % waren für die Fortführung des Streiks und 39,66 % für die Annahme des Ergebnisses. Damit scheiterte man an der 75 %-Klausel. Eine Ausnahme stellten wiederum die Flensburger Metallarbeiter dar: sie stimmten mit 82 % gegen das Ergebnis und machten so noch einmal klar, daß die Flensburger Arbeiterschaft am kampfbereitesten war und die größte Zähigkeit in diesem Streik hatte.

Am Ergebnis des Streiks konnten auch die Flensburger Arbeiter nichts mehr ändern, die Sache war gelaufen. Am 15.2. wurde überall in Schleswig-Holstein die Arbeit wieder aufgenommen, auch in Flensburg, wo die "Flensburger Presse" vorher noch Vermutungen über die Fortdauer des



Die IGM-Führer haben sich verrechnet: auch das zweite Schlichtungsergebnis wird abgelehnt

Streiks hier angestellt hatte.

Innerhalb der Arbeiterschaft muß sich eine unheimliche Resignation breitgemacht haben, nachdem man nach einem viertel Jahr andauernden Kampf eine solche Niederlage erleiden mußte. Die Gewerkschaftsführer haben sicherlich alles getan, um diese Resignation in eine ihnen angenehme Richtung zu lenken. So heißt es am 14. 2. in der Flensburger Presse (SPD):

"Drei Dinge haben die politisch denkenden Arbeiterfunktionäre als eine Lehre dieses Streiks klar erkannt: In der Gewerkschaft muß etliches getan werden, um eine bessere Verbindung zwischen der Führung und den Organisierten herzustellen. Das ist eine Lebensaufgabe der Arbeiterorganisation. Der Erfolg der IG Metall, von einem Sieg kann man nicht reden, würde in sein Gegenteil verkehrt werden, wenn Lethargie und Passivität unter den Metallarbeitern um sich greifen würden. Gerade das Ergebnis dieses längsten Arbeitskampfes seit Bestehen der Bundesrepublik beweist die Notwendigkeit einer starken Organisation. Die sozialen Interessen der Werktätigen in der Bundesrepublik können nur wirksam und umfassend vertreten werden, wenn eine andere Parlamentsmehrheit vorhanden ist. Heute wird Sozialpolitik getrieben unter dem Druck der kommenden Wahl. Und dann auch noch höchst unvollkommen."

Im Klartext heißt das: Die Gewerkschaftsführung muß wieder Kontrolle über die Organisierten bekommen, um "Pannen" wie im Streik nicht wieder aufkommen zu lassen. Sie muß allen versuchen, um die Enttäuschung der Massen auf die Bahnen des Parlamentarismus zu lenken, auf die Mühlen der SPD, sie muß ihnen vorgaukeln, daß

durch eine Änderung im Bundestag (Mehrheit für die SPD) eine grundlegende Änderung für den Kampf der Arbeiterklasse gibt.

Das ist die Richtung, in der die SPD in die Gewerkschaft hineingewirkt haben wird. Die Warnungen vor "Lethargie und Passivität" sind wohl getragen von der Furcht vor Austritten. Noch nie haben die SPD- und Gewerkschaftsführer etwas dazu getan, um Passivität unter den Kollegen nach verlorenen Kämpfen zu verhindern. Im Gegenteil: die Position der Gewerkschaftsbükratie beruht zu einem nicht unerheblichen Teil gerade auf der Passivität und Resignation in der Arbeiterklasse.

Die Kapitalisten gehen vorbereitet in den Kampf schon von vornherein mit dem Ziel, ihn in einer großen Niederlage für die Arbeiterklasse enden zu lassen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse gehen unvorbereitet und wenig ausgerüstet (ideologisch) in den Streik.

Die Kapitalisten können deshalb mit Erfolg massive Angriffe starten mit einer bundesweiten Propaganda-Kampagne, indem sie provokatorische "Angebote" machen und die Verhandlungen verschleppen. Die IGM Spitze dagegen desorientiert die Arbeiterklasse, wo sie nur kann, schränkt den Streik auf Schleswig-Holstein ein und läßt dadurch nicht die volle Kampfkraft der Arbeiterklasse zum Tragen kommen.

Die Arbeiterklasse war nicht stark genug, dieser Taktik der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer, die aufeinander eingespielt waren, langfristig etwas entgegenzusetzen und so führte der Kampf schließlich in eine Niederlage, die langfristige Auswirkungen hatte, da auch die Resignation nicht richtig bekämpft werden konnte.

ANMERKUNGEN:

(1) Besonders über die unmittelbaren Folgen der Niederlage liegt leider kein Material vor, hier muß man sich deshalb auf "Vermutungen" und Schlußfolgerungen beschränken.

(2) Streikblatt der IGM, erschien meistens täglich, Herausgeber: Heinz Ruhnu (!)

(3) Bestreikte Betriebe:

24.10.56 Kiel: Howaldswerke, MaK, Bohn & Kähler
Lübeck: Ohrenstein & Koppel, Flenderwerke, L. M. G. (Werft) Hagelstein, Travewerft, Nordischer Maschinenbau, Beth, Scharffe & Co.
(insges. in Lübeck 6000)

Flensburg: FSG (1700)

Elmshorn: Kremer Werft

Lauenburg: Werften (900)

Rendsburg: Werft Nobiskrug (1000)

25.10.56 Mölln: Heidenreich & Harbek

Lübeck: Metallhüttenwerke (Jetzt 8000)

Flensburg: Flensburger Kurbelwellen &

Zylinderschleiferei (70)

Kiel: Stahlbaufa. Bernhard Kröger

5.11.56: Kiel: Hagenuk (1350), Elac (1000), Volpert & Merkel (50)

11. 1.57: Neumünster: AEG (800)

Kiel: Anschütz & Co. (100), Zeiss Ikon (300), Fritz Howaldt (35)

Der Streik umfaßte ca. 34 000 Metallarbeiter.

(4) Das Ergebnis bestand in folgendem:

Nur bei einer Krankheitsdauer von mehr als einer Woche und einer Betriebszugehörigkeit von mehr als drei Wochen sollte ein Karenztag voll bezahlt werden. Nur nach mehr als zwei Wochen Krankheit sollten die Karenztage voll bezahlt werden.

Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Unfall sollte bei Krankheit bis zu einer Woche nur ein Karenztag voll bezahlt werden. Bei längerer Krankheit erfolgte volle Bezahlung.

Lohnausgleich sollte gewährt werden bei Betriebszugehörigkeit von drei Monaten bis drei Jahren für 21 Kalendertage, bei über drei Jahren für 28 Kalendertage. Lohnausgleich bei Unfall für Dauer von 28 Kalendertagen, nur bei Betriebszugehörigkeit von mehr als fünf Jahren Bezugsdauer von 42 Tagen. Wartezeit für das Wirksamwerden des Lohnausgleichs: 7 Kalendertage. Lohnausgleich bis auf 90 % des Nettolohnes.

Über die Urlaubsgütung finden sich keine genauen Angaben. In SN 63 und 64 heißt es nur, es würde sich hier eine materielle Besserstellung ergeben. Die Urlaubsverlängerung war auch nicht gerade umwerfend: Jugendliche 24 Werkstage, Kollegen und Kolleginnen über 18 J. 12 Arbeitstage, über 25 J. 14 Tg.,

über 30 J. 16 Tg., über 35 J. 18 Tg.

(5) Jetzt sah das Ergebnis so aus:

Bei Krankheitsdauer von mehr als einer Woche nach Ablauf der Probezeit (also vier Wochen) Bezahlung von eineinhalb Karenztagen. Nach Krankheitsdauer von mehr als einer Woche voll bezahlt. Bei Arbeitsunfällen werden unabhängig von der Dauer der Unfalltag und die beiden folgenden Tage voll bezahlt. Wirksamwerden nach vier Tagen. Gewährung des Lohnausgleichs, Höhe des Lohnausgleichs wie im vorhergehenden Schlichtungsergebnis.

Genauso hatten sich Urlaub und Vergütung nicht wieder geändert. (SN76)

Unser Weg

Auflage : 3.200

Herausgeber - Druck - Verlag

J. Reents Verlag Arbeiterkampf

2 Hamburg 13 , Rutschbahn 35

presserechtlich verantwortlich :

Kai Ehlers, Verlagsadresse

Verlagskonten : Dresdner Bank,
Kto. 451 8378 J. Reents - Post-
scheckkonto Hamburg Nr. 240 595
J. Reents

Die Tore bleiben offen!

Ein großer Teil der Arbeiter in der schleswig-holsteinischen Metall-Industrie will nicht den Streik und hat ihn nie gewollt. Der Streik wäre längst zu Ende gewesen, wenn die Arbeiter durch den Terror der zentralen Streikleitung bei verschiedenen Werken am Betreten nicht behindert würden. Vor diesen Toren herrscht der Terror. Die Gewerkschaft redet von Demokratie und betreibt eine krasse Streikdiktatur.

Ist das kein Terror?

Beschimpfungen und Verleumdung, Sperrketten und Anpöbelungen sind in vielen Fällen die Mittel, mit denen die Gewerkschaft die Arbeitswilligen von den Werken fernhält.

Ist das kein Terror?

Wenn der Streikleiter in Lauenburg, Otto Vick, öffentlich die Namen der Arbeitenden anprangert und erklärt: "... unsere Kinder und Kindeskinde werden von ihnen abfällig sprechen" (Streiknachrichten Nr. 5), so ist das die Verewigung des Hasses auf Generationen hinaus. Trotz dieses Terrors ist der Arbeitswille da und wird täglich stärker.

Deshalb bleiben die Tore unserer Werke offen!

Wir garantieren den Arbeitenden Arbeitsplätze und Sicherheit.
Wir garantieren, daß niemand nach Beendigung des Streiks ein Haar gekrümmt wird.
Wir werden jeden, der versucht, einen Arbeitswilligen jetzt oder später zu benachteiligen oder zu beleidigen, fristlos entlassen und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgen.

Auch im Streik ist das ireie Entscheidungsrecht jedes Menschen oberstes Gebot.

Arbeitgeberverband der Metallindustrie
in den Kammerbezirken Kiel und Flensburg e. V.
Dr. Schütte

Verband der Eisen- und Metallindustrie
in Schleswig-Holstein
Schiml